



Versteckter Ruf nach dem Staat

Wenn es der Schweiz nicht gelingt, den Bodenverbrauch zu bremsen, setzt sie genau das aufs Spiel, was sie im internationalen Standortwettbewerb heraushebt: die hervorragende Verkehrsversorgung, die hohe Wohnqualität, die aussergewöhnliche Freizeitattraktivität.

Das ist die Botschaft der Wissenschaftler des nationalen Forschungsprogramms zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Die Agglomeration der zusammengewachsenen Mittellandstadt uferf bis in die Alpentäler aus. Die Obsession, überall optimale Infrastrukturversorgung zu garantieren, ist mittelfristig nicht mehr finanzierbar.

Im Wahlkampf war diese zentrale Zukunftsfrage kein Thema. Zu kompliziert, zu unangenehm.

Denn: Wer das Siedlungswachstum bremsen will, braucht einen starken Staat. Keine Gemeinde verzichtet freiwillig auf ihre Bauzone. Sondern erst, wenn eine übergeordnete Instanz – über finanzielle Anreize oder gesetzlichen Zwang – Druck ausübt.

Kein Mensch verzichtet freiwillig auf Immobiliengewinne, auf mehr Wohnraum, auf freie Mobilität. Sondern erst, wenn er dazu gezwungen würde.

So unangenehm wäre es, wenn wir den Bodenverbrauch wirklich stoppen möchten.

Jürg Steiner ist Redaktor Zeitpunkt der «Berner Zeitung».

Mail: juerg.steiner@bernerzeitung.ch.

Diskussion: blog.bernerzeitung.ch/leserblog.

Neue Rezepte gegen den ausufernden Siedlungsbrei

RAUMPLANUNG Die Experten des nationalen Forschungsprogramms 54 geben 13 Empfehlungen ab, wie die Schweiz das Siedlungswachstum bremsen könnte.

Wie komplex es ist, das Siedlungswachstum zu steuern, lässt sich an einem Beispiel illustrieren: Das Potenzial, schwach genutzte Bahnhof-, Industrie- oder Armeeareale in den Agglomerationen mit perfekt erschlossenen Wohn- oder Bürobauten aufzuwerten, ist in der Schweiz erheblich. Allerdings erschweren etwa strenge Umweltvorschriften solche sinnvollen Umnutzungen.

Unliebsame Nebenwirkungen

Um Grundbesitzer und Bauherren gezielt zu motivieren, solche Brachen verdichtet zu bebauen, müsste man Ökoregelungen lockern, gleichzeitig aber auch neue Vorschriften erlassen.

Das gleicht einer heiklen Operation. Die Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen ist gross – etwa, dass günstiger Wohnraum

plötzlich aus den Zentren verdrängt wird.

Trotz mittlerweile über 30-jähriger raumplanerischer Bemühungen in der Schweiz wird pro Sekunde unverändert ein Quadratmeter Boden überbaut. Das Verhalten der Menschen weicht häufig ziemlich stark von den Idealvorstellungen der Raumplaner ab.

Zu wenig Gesamtsicht

Diese Erkenntnis lässt sich auch aus dem imposanten Synthesebericht des nationalen Forschungsprogramms 54 zur nachhaltigen Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung herauslesen, der gestern Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Für rund 13 Millionen Franken haben Forschungsteams in den letzten 5 Jahren in 31 Projekten den Wissensstand über die Treibkräfte und Steuerungsinstrumente der Siedlungsentwicklung auf den neusten Stand gebracht. In 13 Empfehlungen formulieren sie nun Handlungsanregungen an die Politik. Der

Grundtenor: Ganzheitlicher denken, Wachstumsstrategien hinterfragen.

Beispielsweise fordern die Forscher ein nationales Infrastrukturkonzept zur langfristigen Sicherung der Bahn- und Strassenbauten – mit klarer nationaler Prioritätensetzung, in welcher Region welcher Ausbau (oder Rückbau) sinnvoll ist.

Aktiver planen – wie Bern

Oder sie empfehlen Gemeinden und Städten, ihre Siedlungsentwicklung nicht einfach zu verwalten, sondern aktiv zu gestalten und die Projekte über die Bewilligungsphase hinaus zu begleiten.

Wie man Wachstumsfragen aktiv angehen könnte, zeigt die Stadt Bern am umstrittenen Projekt «Waldstadt Bremer», mit dem sie in den Bremgartenwald hinein Stadterweiterung betreiben will. Sie lanciert damit eine bis jetzt tabuisierte Diskussion über Siedlungsverdichtung und Waldschutz.

Jürg Steiner

www.nfp54.ch